

## **Die Gesundheitsbehörde, das Veterinäramt und die drei Affen** Die BI Schneidenbach zur Beantwortung des Fragenkataloges

Zur Beantwortung des Fragenkataloges der Bürger von Schneidenbach hat uns der Landrat des Vogtlandkreises Dr. Lenk volle Unterstützung zugesagt. Die Fragen sollten umfassend beantwortet werden.

Nun liegen den Bürgern die Antworten der jeweiligen Stellen und Behörden vor. Manches dabei bleibt unklar, einiges darf bezweifelt werden.

Bei den Antworten des Gesundheits- sowie des Lebensmittelüberwachungs – und Veterinäramtes jedoch bleibt die Frage, ob man es mit den berühmten drei Affen - die nichts sagen, nichts sehen und nichts hören - zu tun hat. Das dürfte nicht von ungefähr kommen, denn gerade die Antworten dieser beiden Behörden haben das mit Abstand größte, alles entscheidende Gewicht, um die Vorfälle während und nach dem Großbrand 2007 zu durchleuchten und somit zu klären, was nach diesem Ereignis doch hätte unternommen werden müssen, um mit Sicherheit entstehende oder auch nur eventuelle Folgen zu vermeiden oder zumindest einzudämmen.

Auf die Frage „Wie viele Todesfälle durch Krebs gab es in den letzten 20 Jahren bei Mensch und Tier in Schneidenbach und den umliegenden Gemeinden?“ antwortet das Veterinäramt: „Es sind keine Todesfälle durch Krebs bei Tieren in Schneidenbach und den umliegenden Gemeinden bekannt.“

Das darf uns sehr verwundern. Da geht kurz nach dem Jahrhundertbrand bei Gitzner ein Landwirtschaftsbetrieb, welcher unmittelbar daneben angesiedelt war, regelrecht zu Grunde, weil dutzende Tiere verenden, krank werden, weil die Milchleistung enorm sinkt, weil eine bis dato international sehr erfolgreiche Pferdezucht ruiniert wird, da die Tiere wie die Fliegen wegsterben, das Veterinäramt jedoch zieht nicht einmal die Möglichkeit in Betracht, dass dieses Massensterben vielleicht doch mit dem Großbrand in Zusammenhang stehen könnte. Zumal die Landesanstalt für Landwirtschaft am 04. Juni 2007 angeordnet hatte, dass das neben Gitzner geerntete Gras wegen zu hohem Dioxingehaltes nicht an Tiere verfüttert werden darf, sollten Gesundheits- und Veterinäramt damals nichts darüber erfahren haben?

Dass die Tiere beim weiteren Dahinsterben Symptome von Kachexie aufgewiesen haben und dass so etwas nicht durch die Fütterung von gutem Bergwiesenheu herrührt, hätten die Verantwortlichen des Veterinäramtes mit aller Sicherheit gewusst oder zumindest durch gesetzlich vorgeschriebene Kontrollverfahren erfahren müssen, allein schon der Pflicht des Amtes geschuldet, ein Amt, das sonst in der gewerblichen Tierhaltung bestens Bescheid weiß – und dieses ja auch muss! – geht es doch auch immer dabei um die Gesundheit der Menschen.

Die verantwortlichen Fachleute des Veterinär – und besonders des Gesundheitsamtes sollten doch ganz sicher gewusst haben, dass allein beim Verbrennen der leeren Halle - den problematischen Inhalt noch nicht hinzugerechnet - mit seinen rund 1000 m<sup>3</sup> Schaumpolystyrol und kilometerlangen Elektrokabeln genug hochgiftige Substanzen freigesetzt worden sind, die eine enorme und nachhaltige Gefahr für Mensch, und Tier, für Leib und Leben darstellen und dass - zumindest in den tagelang im kohlrabenschwarzen Rauch versinkenden Gebäuden und Grundstücken – eine Evakuierung hätte angedacht und vielleicht sogar erfolgen müssen; dass die Gebäude und Grundstücke im Dorf hätten nach Schadstoffen untersucht und gegebenenfalls bereinigt werden müssen – weil eben dort sich hochgiftige Substanzen mit großer Wahrscheinlichkeit absetzt haben, darunter solche Stoffe, die nicht natürlich

abbaubar sind und eben deshalb über Jahre ihre giftige Wirkung für Mensch und Tier behalten; dass man die Einwohner darüber informiert, im eigenen Garten geerntetes Obst, Gemüse und Gras um der Gesundheit Willen zu vernichten und nicht zu verzehren, oder an Tiere zu verfüttern, die Hühnereier zu kontrollieren, da diese Tiere das Futter direkt vom Boden aufnehmen, dass das Wasser aus Brunnen zu untersuchen gewesen wäre, und vielleicht noch ein paar Maßnahmen mehr, welche den Fachleuten dieser Behörden ebenso bekannt gewesen sein mussten.

Was genau hat denn dieses Amt damals unternommen? Wo liegen die Protokolle dieser Vorfälle und für getätigte Maßnahmen, wer war der Leitende Verantwortliche während dieser Katastrophe?

Auch sind dem Gesundheitsamt keine Auffälligkeiten bezüglich erhöhter Krebserkrankungen bekannt, noch weiß es von einer überhöhten Sterberate. Zu genauen Zahlen hat man keinen Zugang.

Wie bitte?

In einem Land, wo inzwischen alles, aber auch restlos alles über deren Bevölkerung bekannt und gespeichert ist, in dem man hervorragend darüber informiert ist, wer welche Klärgrube besitzt, was er einleitet und wie oft er diese benutzt, wann der Schornsteinfeger da war und von wo aus man das letzte Mal mit dem Handy telefoniert hat - gerade in diesem Land will man über die wirklich entscheidenden Dinge, welche über Krankheit, über Leben und Tod entscheiden nichts wissen?

Und wenn schon: Allein die Obhuts- und Vorsorgepflicht des entsprechenden Amtes hätte nichts anderes als eine genaue Untersuchung und ständige Beobachtung des Krankheitsstandes und der Sterbefälle nach sich ziehen müssen!

Statt dessen lässt man verlauten, dass „Für eine Auswertung neben dem Problem der geringen Einwohner- und Fallzahlen auch Daten zu Art der Tumorerkrankung, Berufstätigkeit, persönlicher Disposition, Lebensalter, Zu -und Wegzügen, Rauch- und Essgewohnheiten, Aufnahmemöglichkeiten von Toxinen u. a. berücksichtigt werden müssen.“ Das ist Prima!

Die Möglichkeit mit der größten Wahrscheinlichkeit wird gar nicht erst in Erwägung gezogen, eher geht man davon aus, dass Betroffene auch Alkoholiker, Kettenraucher, Kiffer und was sonst noch für ungesund lebende Individuen sind. Das ist bequemer.

Und vor allem viel billiger.

Es ist gut möglich - wenn damals nach dem Brand von den verantwortlichen Behörden so gehandelt worden wäre, wie diese eigentlich hätten handeln müssen – dass es dann neben vielschichtigen Untersuchungen und den daraus resultierenden Maßnahmen zum sofortigen und weiterreichenden Schutz von Mensch und Tier keinesfalls zum Wiederaufbau des Betriebes der Firma Glitzner gekommen wäre. Nach einer faktisch exakten Auswertung dieser Katastrophe bei notwendiger Information der Öffentlichkeit und aller Entscheidung gebenden Behörden hätte es wohl kaum eine Genehmigung gegeben, um die Möglichkeit eines solchen Unglücksfalles nicht nochmals zu ermöglichen.

Diese Möglichkeit besteht nach wie vor und soll nun noch an Brisanz gewinnen.

Wir werden wiederum entscheidende Fragen an die entsprechenden Behörden richten und erwarten auf eindeutige Fragen eindeutige Antworten.

Das ist das Mindeste, was der Bürger in einer freiheitlichen Demokratie erwarten darf.

Gerd Conrad